



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/66 - 21.3.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 278 31-33  
Fernschreiber 039 890

Einweise  
auf den Inhalt:

Bonn und Moskau	S. 1
Königinbesuch in Warschau	S. 3
Umstrittener Schulanfang in Bayern	S. 5
Wandlungen der FDJ	S. 6

---

## Warum Schweigen ?

Von H. Kalbitzer, M.d.B.

Am 25. Januar erklärte die Sowjet-Regierung den Kriegeszustand mit Deutschland für beendet. Schon am nächsten Tage begrüßte die Bundesregierung diesen Schritt, der zur "Entspannung zwischen Ost und West und zu einem echten Friedenszustand führen kann". Sie schränkte ihre Zustimmung aber ein durch die Hinweise, dass die Sowjet-Regierung noch auf ihren Rechten aus den Abkommen von Jalta und Potsdam bestעה, dass sie noch ihre Zustimmung für freie Wahlen zur Wiedervereinigung geben, einem Friedensvertrag zustimmen und alle Gefangenen entlassen müsse.

Seitdem ist Stillschweigen. Die Presse und einzelne Politiker versuchen zwar, die Regierung darauf anzusprechen, dass man mit den Sowjetrussen reden müsse, aber die Politik der Regierung macht den Eindruck, als habe man Angst vor der eigenen Courage und wege das nicht auszusprechen, was in der Öffentlichkeit längst erwartet wird, nämlich: die Bundesregierung muß Verbindung aufnehmen mit der Regierung der Sowjetunion. Die Teilung Deutschlands erlaube diesen Schritt nicht, sagt man. Aber Finnland z.B. unterhält Beziehungen mit beiden Teilen Deutschlands. Man hat zwar nicht Botschafter ausgetauscht, wohl aber Handelsvertretungen errichtet. Nun ist der Handel nicht das eigentliche Anliegen, aber es wäre zum mindesten ein Anfang. Und warum sollte man nicht den Austausch politischer Ansichten im Zusammenhang mit den Aufgaben einer Handelsvertretung für notwendig erachten? Wenn

beide Seiten wollen, sind alle formellen Hindernisse zu überspringen. Es lassen sich natürlich ebensogut auch andere Wege als der angedeutete finden. Ob Moskau Beziehungen mit der Bundesrepublik will, kann nur ein Versuch beantworten. Man sollte ihn wagen.

Der Bundeskanzler fordert mehrfach Viermächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands unter Beteiligung der Bundesrepublik. Ausgezeichnet! Aber das heißt doch, dass die Bundesrepublik diplomatische Kontakte mit der Sowjetunion aufnehmen muß. Und der Bundeskanzler ist sicherlich nicht der Meinung, dass diese Aufnahme der Beziehungen die Spaltung Deutschlands verhärtet würde. Weshalb auch? Die Spaltung als Faktum ist bekannt. Es wäre das Normalste bei Verhandlungen den Vorbehalt zu machen, dass man sich als provisorischen Teil fühle, der durch Verhandlungen sein Recht auf Wiedervereinigung nicht zurückstellt, sondern im Gegenteil durch die Verhandlung die Wiedervereinigung fördern will.

So ernst die Sorge auch ist, durch keinen unbedachten Schritt die Spaltung zu legitimieren - in der politischen Wirklichkeit wird die Spaltung gerade dadurch zementiert, dass man nicht mit allen vier Besatzungsmächten die Möglichkeit hat, jederzeit die Probleme der Wiedervereinigung zu erörtern.

Nach Lage der Dinge werden in der Bundesrepublik auch die Westmächte hierbei ein Wörtchen mitzureden haben. Die Sowjet-Union hat allmählich begriffen, dass derjenige das Odium auf sich lädt, die Wiedervereinigung nicht zu wollen, der Verhandlungen hierüber ausweicht. Es gilt, den Westmächten klarzumachen, dass sie sich nicht in diese Ecke des Kalten Krieges von der Sowjetunion hineinmanövrieren lassen dürfen. Sie sind aufgefordert, bei der Aufnahme dieser Beziehungen ihre helfende Hand zu leihen.

Die meisten Ostblock-Staaten haben sich inzwischen dem sowjetischen Schritt, den Kriegszustand mit Deutschland für beendet zu erklären, angeschlossen. Mit ihnen aber bestehen bereits Beziehungen vor. Seiten der Bundesrepublik, wenn auch über eine umständliche Hilfskonstruktion, nämlich als Fortführung von Beziehungen, die bald nach dem Kriege die Wirtschaftsverwaltungen der amerikanischen und englischen Besatzungsmächte für ihre Zonen (JEIA) mit den Ostblock-Ländern aufgenommen haben. Übrigens haben bundesrepublikanische Vertreter selbst mit Vertretern der Sowjet-Union auf internationalen Wirtschaftskonferenzen in Fachfragen oft genug gesprochen.

Wieviel glücklicher ist Österreich in diesem Falle dran, das zwar vierfach besetzt, aber eine gemeinsame Regierung hat, mit einem Botschafter in Moskau. Die Österreicher sind wenigstens nicht darauf angewiesen, die sowjetische Meinung über ihre Probleme aus zweiter Hand zu erfahren wie wir, die wir Moskaus Meinung über die deutsche Zukunft nur soweit kennen, wie der kalte Propagandakrieg der vier Besatzungsmächte es zulässt.

Der Parallellfall zu Moskau ist Paris. Dort sind die Bundesregierung und die sogenannte Saarregierung diplomatisch vertreten, ohne dass man befürchtet, hiermit die Abspaltung der Saar völkerrechtlich anzuerkennen. Es wird höchste Zeit für die Bundesrepublik, Verhandlungen darüber einzuleiten, welche Möglichkeiten diplomatischer Fühlungen mit der Sowjet-Union sich aus der Beendigung des Kriegszustandes ergeben.

Königin statt Arbeiterdelegation....

Ein gelegentlicher Brüsseler Mitarbeiter schreibt uns:

Die belgische Königswitwe Elisabeth hat sich von der kommunistischen Regierung Polens nach Warschau zum 5. Musikwettbewerb-Chopin einladen lassen und ist in Warschau mit allen Ehrungen einer regierenden Fürstin gefeiert worden. Englische und amerikanische Blätter haben nervöse Kommentare an diese Reise geknüpft. Brüssel schweigt. Wie ist es möglich, dass eine Königin nach dem kommunistischen Warschau fährt, sich nicht nur einen Chopinwettbewerb anhört, sondern den polnischen kommunistischen Vizepräsidenten, den kommunistischen Außenminister und andere kommunistische Würdenträger empfängt und zwischendurch eine ausgesprochene Propagandareise nach Krakau und dem Konzentrationslager Auschwitz unternimmt - immer mit offizieller polnisch-kommunistischer Begleitung?

Rechtlich liegt es so, dass Belgien drei "königliche Haushalte" besitzt (und der belgische Steuerzahler unterhält). Die Königin Elisabeth, Witwe des verstorbenen Königs Albert, hat ihren eigenen Haushalt, der zweite "Königshaushalt" ist der ihres Sohnes, des im Jahre 1951 abgesetzten Königs Leopold II. und dazu tritt als dritter der gegenwärtige, regierende Königshof des Sohnes Leopolds, des Königs Baudouin. Die belgische Regierung hat offiziell nur mit Baudouin zu tun und nur, was Baudouin unternimmt, bindet den Staat Belgien. Was Leopold und seine Mutter, die Königin Elisabeth tun oder nicht unterlassen, ist offiziell Privatsache. Trotz dieses legalen Standes der Dinge wäre die Königin Elisabeth sicher nicht nach Warschau gefahren, wenn sie der Außenminister Henri Spaak gebeten hätte, die Reise zu unterlassen. Aber weder fragte sie ihn - Königin Elisabeth hat ihre eigenen Ratgeber und fragt prinzipiell keine belgischen Minister seit der Absetzung ihres Sohnes Leopold - noch wurde sie vom Außenministerium darum angegangen, diese merkwürdige Reise zu unterlassen. Vielleicht schien es gewissen politischen Kreisen um das Außenministerium sogar gerade das richtige, sich in Warschau durch eine offiziell absolut unverantwortliche Person einige

21.3.1955

Liebenswürdigkeiten für das belgisch-polnische Verhältnis hereinzuholen.

Der weltberühmte Komponist Chopin, dem zu Ehren die Königin Elisabeth nach Warschau fuhr, war kein Kommunist und die Königin ist es auch nicht. Elisabeth hat jedoch eine Vorliebe für alle möglichen Bohémekreise. So besucht sie ein Bohémetheater in einem im Brüsseler Hafen verankerten Flußkahn, sie eröffnet die obskursten Malereiausstellungen junger Talente, sie tritt als Protektorin für junge Geigenkünstler auf, sie gibt sich auf Presseballen als Hausherrin. Dass bei diesen Gelegenheiten auch Intellektuelle, die Kommunisten oder Anarchisten sind - oder sich selbst dafür halten - sich im Schatten der königlichen Gunst wohlfühlen, gehört eher zu jenem Brüssel, das den "Manneken-pis" als seine größte Sehenswürdigkeit verherrlicht als zum Kapitel ernsthafter Politik.

Man bezeichnet als den Mann, der mit allen Kräften für eine belgisch-sowjetische Freundschaft arbeitet, den Botschafter Belgiens in Moskau, Herrn Wauters. Er hat schon im vorigen Jahre versucht, eine große repräsentative Gewerkschaftsdelegation nach Polen, Mitteldeutschland und Rußland zu bringen. Die belgischen Gewerkschaften hatten mehr politischen Instinkt als die alte Königin a.D. Sie sagten ab. Politisch wäre der Besuch repräsentativer Gewerkschafter eine Tatsache gewesen, der Besuch der Königin ist eine - Farce. Es scheint, dass man jedoch auch diese Farce als peinlich empfindet. Man erwägt in Kreisen der liberal-sozialistischen Koalition, ob es nicht notwendig wäre, durch eine kleine Anfrage im Parlament dem Außenminister Gelegenheit zu geben, klar und scharf jede Verbindung dieser Reise mit der belgischen Politik abzulehnen und festzustellen, dass die Königin Elisabeth keine offizielle politische Persönlichkeit ist. Und man unterhält sich in noch größeren Kreisen darüber, ob nicht die katholische, aber mit linksliberalen Kreisen liebäugelnde alte Königin die Chopinehrung als willkommenen Anlass genommen hat, auch geographisch dem gegenwärtig wieder heftiger aufflackernden Schulstreit zu entfliehen. Auch für nicht mehr politisch aktive Königinnen kann es gelegentlich ganz ratsam sein, erst einmal aus der Ferne zu beobachten, wo die stärksten Detaillone stehen...

Bayern und der Schulanfang

MM - München

Das für Bayern wichtigste Ereignis der letzten Ministerpräsidentenkonferenz ist zweifellos die vertragliche Vereinbarung, dass das Schuljahr für alle Länder der Bundesrepublik einheitlich im Frühjahr beginnen soll. Bayern hat bekanntlich als einziges Land am Schuljahrsbeginn im Herbst auf Grund eines Gesetzes festgehalten. Die Verankerung des Herbstschulbeginns im Gesetz war seinerzeit bereits heftig umstritten. Die Pädagogen plädierten ausnahmslos für einen Schulbeginn im Herbst nach den großen Sommerferien, während Kreise aus der Industrie und der Landwirtschaft für einen Schuljahrsbeginn am 1. April eintraten. Auch das Argument eines einheitlichen Schulbeginns in allen Ländern konnte den Landtag nicht überzeugen.

Die Entscheidung der Ministerpräsidenten-Konferenz hat die Diskussion um den Schulbeginn erneut und in breitester Öffentlichkeit aufleben lassen. Gegenwärtig wird im bayrischen Kultusministerium auf Weisung des Ministerpräsidenten ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch den der Schuljahrsbeginn auf den 1. April verlegt werden soll. Es ist beabsichtigt, 1956 durch eine Verkürzung des Schuljahres diesen Termin zu erreichen und damit einen einheitlichen Schulbeginn in allen Ländern der Bundesrepublik sicherzustellen.

Ob der Bayrische Landtag allerdings diesen Vorschlag der Regierung akzeptieren wird, ist noch vollständig offen. Die Meinungen um das Für und Wider gehen quer durch alle Parteien. Die überwiegende Mehrheit der SPD, FDP und des BHE werden wohl für den Frühjahrsbeginn stimmen, die Bayernpartei wird sich für den Herbst aussprechen und in der ODU wird sich nur eine kleine Minderheit bäuerlicher Abgeordneter finden, die sich für den Frühjahrsbeginn aussprechen. Die Pädagogen und ein Teil der Elternvereinigungen sind für Beibehaltung des Schulbeginns im Herbst. Die Landwirtschaft hat sich im Bauernverband für den Frühjahrschulbeginn ausgesprochen.

Die Auffassung in Industrie-, Handel und Handwerk ist nicht einheitlich, wenn man sich auch aus wirtschaftlichen Gründen mehr für das Frühjahr ausspricht.

Selbstverständlich wird auch das "politische" Argument, einen einheitlichen Schuljahresbeginn zu schaffen, auf die Abgeordneten des Landtags nicht ohne Wirkung bleiben, zumal ja auch die anderen Abmachungen des Staatsvertrages für Bayern nur wirksam werden, wenn der Landtag das Abkommen in seiner Gesamtheit ratifiziert. Eine Prognose, wie die Abstimmung ausfällt, ist schwer möglich. Die Regierung hofft mit einiger Zuversicht eine Mehrheit zu finden, ist sich aber gleichzeitig bewußt, dass diese Mehrheit nicht sehr groß sein wird.

\* \* \*

#### Neun Jahre "Freie Deutsche Jugend"

H.D.- Es mag eine Ironie der Geschichte sein, dass die "Freie Deutsche Jugend", die Staatsjugendorganisation in der Sowjetzone, durch einen Befehl Marschall Shukows, des heutigen Kriegeministers der Sowjetunion, ins Leben gerufen wurde. Sie war seinerzeit im Jahre 1946 - das lag unmittelbar nach Kriegsende im Zuge der Zeit - eine betont antimilitaristische Organisation. Und der FDJ-Vorsitzende Honecker erbat stürmischen Beifall, als er in einer programmatischen Ansprache auf dem II. Parlament der FDJ (zu Pfingsten 1947 in Meissen) erklärte: "Nur e i n Weg führt in die Zukunft Deutschlands und das ist der Weg der Entmilitarisierung".

Inzwischen jedoch ist fast ein Jahrzehnt vergangen. Honecker blieb wohl Vorsitzender der FDJ, aber seine Ansicht über die Entmilitarisierung Deutschlands hat sich grundlegend geändert, genauer gesagt, sie hat sich gewissermaßen geteilt (vielleicht durfte er nur deshalb seinen Posten behalten?). Während Honecker als Repräsentant der FDJ nach wie vor dafür eintritt, dass der W e s t e n grundsätzlich keinerlei Waffen haben soll, wünscht er - seit dem 1. Mai 1952 offiziell -, dass jeder Jugendliche in der Sowjetzone "verteidigungsbereit" sein, eine vormilitärische Ausbildung in GST und FDJ absolvieren und anschließend in die NVA eintreten müsse. Am besten wird Honeckers Gesinnungswandel vielleicht durch eine Erklärung seines Mentors Ulbricht vom 5. Januar 1955 "über die Aufgaben der FDJ" illustriert: "Es muss allen Stimmungen des Pazifismus, die die Verteidigungsbereitschaft unserer Republik schwächen, entgegengetreten werden!" Ulbrichts kategorische Anweisung erläutert übrigens besser als alles andere, was die jungen Menschen in der Zone nach neunjähriger Praxis von "ihrer" Staatsjugendorganisation denken.

-----